

## Wasser – knappe Ware

### Nachtrag zum Artikel über die Wasserprivatisierung in der „Dritten Welt“ im letzten Rundbrief.

*Kaum war mein Artikel zur Wasserprivatisierung aus dem letzten Rundbrief im Internet veröffentlicht, als ich auch schon eine Reaktion erhielt. Das „Stuttgarter Wasserforum“, das sich sehr detailliert mit der Situation in Bolivien auseinandersetzt, wies darauf hin, dass von einem positiven Privatisierungsbeispiel in El Alto, einem armen Stadtteil in La Paz, keine Rede sein kann. Schon in meiner Quelle hatte es ja geheißen: „Allerdings machen in manchen Bereichen unklare Vereinbarungen die Überprüfung der vom Konzern angegebenen Zahlen schwierig.“ Diese Skepsis scheint voll berechtigt.*

Nachdem es in Bolivien schon zuvor immer wieder Massenproteste gegen Wasser- und andere Privatisierungen gegeben hatte, kam es im Januar 2005 erneut zu Revolten gegen die Überlassung der Trinkwasserversorgung an den Suez-Konzern

- weil Suez es seit Jahren unterlassen hat, besonders die ärmeren und ärmsten Distrikte in El Alto mit einer Infrastruktur zu erschließen, wodurch die Bewohner vollständig von der Versorgung mit Leitungswasser/ Abwasser ausgeschlossen sind. In den Verträgen hatte es Suez geschickt verstanden, sich für solche „Service Areas“ zuständig zu erklären, in denen die Bewohner geringfügig mehr Geld haben, während die ärmeren Distrikte schlicht ausgeklammert wurden.
- weil Suez die Gebühren für einen Leitungs- und Abwasser-Anschluss auf 445.- Bolivianos erhöht hat, was angesichts der bitteren Armut, - viele Leben von weniger als einem Dollar pro Tag-, den Bewohnern viele Monatslöhne abverlangt hätte.
- weil bedingt durch diese Umstände mehr als 200.000 Bewohner ohne Wasseranschluss sind.

Die Wassergebühren für Haushalte wurden seit der Übernahme durch Suez um 57,7 % erhöht; dem Konsortium wurde eine 12 % Renditegarantie zugesichert und die Verträge unterliegen, - wie bei Privatisierungen üblich -, der Geheimhaltung, wodurch den Bewohnern die Möglichkeit genommen wird, sich gegen Missstände bei der Wasserversorgung überhaupt adäquat wehren zu können.

Die Bürgerproteste werden von vielen verschiedenen Organisationen getragen. Die Kernforderungen der Proteste lauten:

- sofortige Beendigung des Vertrages mit dem Konzern Suez/ Aguas del Illimani und das Betreiben der Wasserversorgung durch eine öffentliche, sozial ausgerichtete Gesellschaft.
- Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung, mit dem Ziel, eine Politikform zu etablieren, bei der die Bevölkerung auf Dauer in der Lage ist, ihre Geschicke mitzubestimmen (*stark verkürzt*)
- die Eröffnung eines Verfahrens gegen den ehemaligen Präsidenten Sanchez de Lozada, weil dieser auf unbewaffnete Demonstranten schießen ließ.

Im März 2005 trat Präsident Carlos Mesa unter dem Druck der Proteste zurück, musste aber seinen Rücktritt zurücknehmen, nachdem der Kongress seinen Rücktritt abgelehnt hatte. Bezüglich der Wasserversorgung hatte Mesa zunächst zugesagt, den Vertrag mit dem Konzern Suez aufzulösen. Wegen massiven Drucks der deutschen GTZ, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank hat Präsident Mesa seine Zusage revidiert und mit der Begründung versehen, man müsse sich den internationalen Finanzinstitutionen beugen, da die Staatskasse leer sei und sonst niemand die Gehälter zahlen könne...

Und weiter: wenn er den Vertrag mit Agua del Illimani (SUEZ) auflösen wolle, müsse der Staat direkt an die Weltbank 17 Millionen US-Dollar zahlen, und man müsse mit einem Gerichtsverfahren gegen den Staat und mit Forderungen in Höhe von 50 Millionen US-Dollar rechnen. Deshalb sei es besser, sich „einvernehmlich“ zu einigen... Mitte März 2005 legen die drei genannten Institutionen die Daumenschrauben an und führen aus, wie sie sich die zukünftige Wasserversorgung vorstellen:

Der alte Vertrag könne gelöst werden, es müsse aber ein neuer Vertrag geschlossen werden, eine „SAM“ (Sociedad Anonima Mixta, so etwas wie ein Public Private Partnership Vertrag) also eine gemischte

Rechtsform, bei der wieder der Global Player Suez mit jetzt 35 % beteiligt sein soll. Also genau der Konzern, von dem sich die Bolivianer



durch massive Proteste befreien wollen. Auch die Deutsche Botschaft in La Paz schaltete sich mit einer Presseerklärung ein: es solle eine einvernehmliche Lösung (*mit Suez*) gefunden werden, um so Entschädigungszahlungen zu vermeiden.